

ERRMU TIGGEN

№ 5



THEMA 20. TODESTAG VON AMADEU ANTONIO

AMADEU ANTONIO STIFTUNG
INITIATIVEN FÜR ZIVILGESELLSCHAFT UND DEMOKRATISCHE KULTUR

GIBT ES DOCH EINEN GRUND ZUM OPTIMISMUS?



Am 6. Dezember 1990 erlag Amadeu Antonio seinen schweren Verletzungen. Er war einige Tage zuvor von einer Horde Neonazis durch die Straßen gejagt worden. Er war um sein Leben gerannt, doch die Nazis erreichten ihn schließlich und gingen mit Schlägen und Fußtritten auf ihn los. Dann ließen sie ihn liegen. Dies geschah in Eberswalde, einer kleinen Stadt nördlich von Berlin. So kurz nachdem Deutschland sich als wieder vereint feierte, im Schatten des großen Jubels, hatten Nazis ihre Art Deutschtum ausgelebt indem sie einen Angolaner ermordeten. Amadeu Antonio war nicht der erste seit den Einheitsfeiern, doch sein Tod schaffte es als Nachricht in die Medien und löste bundesweit eine Welle der Empörung aus. Zurecht, denn in den zwanzig Jahren, die seitdem vergangen sind, starben noch über 150 Menschen – erstochen, erschlagen, zertrampelt, angezündet von Rassisten oder Neonazis.

Am 6. Dezember 1990 erlag Amadeu Antonio seinen schweren Verletzungen. Er war einige Tage zuvor von einer Horde Neonazis durch die Straßen gejagt worden. Er war um sein Leben gerannt, doch die Nazis erreichten ihn schließlich und gingen mit Schlägen und Fußtritten auf ihn los. Dann ließen sie ihn liegen. Dies geschah in Eberswalde, einer kleinen Stadt nördlich von Berlin. So kurz nachdem Deutschland sich als wieder vereint feierte, im Schatten des großen Jubels, hatten Nazis ihre Art Deutschtum ausgelebt indem sie einen Angolaner ermordeten. Amadeu Antonio war nicht der erste seit den Einheitsfeiern, doch sein Tod schaffte es als Nachricht in die Medien und löste bundesweit eine Welle der Empörung aus. Zurecht, denn in den zwanzig Jahren, die seitdem vergangen sind, starben noch über 150 Menschen – erstochen, erschlagen, zertrampelt, angezündet von Rassisten oder Neonazis.

»Unsere Jungs«?

Amadeu Antonios Gesicht steht für die Opfer der rechten Gewalt, deren Schicksal und Geschichte in der öffentlichen Diskussion seither eine eher untergeordnete Rolle spielte. Im Vordergrund standen die Täter, ihre Motive, ihre Lebensumstände, ihre Konflikte in einer sich rasch verändernden Gesellschaft. »Unsere Jungs« wurden sie genannt und selbst unausgesprochen blieben sie stets die »Eigenen«, denen der

größte Teil der Gesellschaft mal mit Verständnis, mal mit Unverständnis begegnete, aber immer mit jener erklärenden Duldsamkeit, wie man sie in Familien findet. Den Opfern und ihren Angehörigen galt solche Hinwendung nie. Gewiss: Engagierte vor Ort haben sich gekümmert und in Berlin wurde eine Stiftung mit dem Namen Amadeu Antonios gegründet, um etwas gegen Rechtsextremismus zu tun. Aber es ist noch lange nicht soweit, dass die Gesellschaft die Opfer in ihrer Anerkennung und Erinnerung wirklich trägt. Denn wenn die Täter die »Eigenen« sind, dann bleiben die Opfer die »Anderen«, die von draußen. Die nicht zum Wir gehören.

Zwischen Populismus und hohlen Bekenntnissen

Ob Obdachlose, Menschen mit dunkler Hautfarbe oder Punks, um nur einige aus der Reihe der Toten zu nennen, sie alle hatten etwas, das nicht als konform galt – also nicht im Sinne der deutschen Mehrheit. Deshalb müssen wir uns fragen, ob sich daran etwas geändert hat. Angesichts der Diskussion um Einwanderung und Muslime, die Sarrazin losgetreten und Seehofer aufgegriffen hat, ist dies schwer zu beantworten. Die Pessimisten sehen mit Ungeduld und sogar mit Verzweiflung auf dieses Land, in dem nach wie vor Menschen von Nazis ermordet werden, während die Politik sich kleinlich zwischen Populismus und hohlen Bekenntnissen hin und her bewegt. Sie quält sich offenbar noch sehr mit der Tatsache, dass Deutschland längst nicht mehr homogen und weiß ist. Die Pessimisten beklagen einen Zustand, in dem Selbstverständlichkeiten in einer Demokratie wie die Gleichwertigkeit aller Menschen ganz ernsthaft diskutiert, das heißt infrage gestellt wird. Was das für die Minderheiten hier bedeutet, scheint dabei vollkommen aus dem Blick zu geraten. Wie sollte es auch anders sein, wenn sogar die Toten

keinen Respekt erfahren und um ihre Zahl eine unwürdige Diskussion geführt wird. Die Pessimisten sind enttäuscht über die Programme der Bundesregierung, die halbherzig, eng und ängstlich zivilgesellschaftliche Aktivitäten an einer rigorosen Leine über die von rechten Kameradschaften dominierten Landschaften führen. Die Pessimisten fordern zu Recht ein grundsätzliches Umdenken, wenn es im Deutschland von heute mit seiner fatalen Geschichte um Nation und Nationalitäten geht.

Naive Optimisten?

Und die Optimisten? Gibt es die überhaupt? Und wenn ja, sind sie nicht lediglich naive Sozialarbeiter, die zwar ihr Bestes tun, aber am Ende doch nur scheitern können? Sind es vielleicht diejenigen, von denen man glaubt, dass sie zwar irgendwie nützlich sind, sich aber dennoch mal mitleidig herablassend, mal zynisch als »Gutmenschen« beschimpfen lassen müssen, die sowieso nichts verändern können? Schauen wir uns Eberswalde an. Heute – 20 Jahre nach dem Tod von Amadeu Antonio. Was hat sich verändert und wieso? Gibt es doch einen Grund zum Optimismus? Oder können wir hier wenigstens sehen, was die zivile Gesellschaft bewegen kann und was nötig ist, damit sie das Klima einer Stadt verändert? Lesen Sie auf den folgenden Seiten, was hier auch mit Ihrer Unterstützung geschehen ist. Denn ganz gleich, ob wir zu den Optimisten oder Pessimisten gehören, manchmal sind wir ja beides, vorsichtig ermutigend ist das Beispiel Eberswalde allemal.

Von Anetta Kabane
Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung



»Repression ist kein Allheilmittel gegen rassistische Gewalt«

2



»Pogromstimmung« in Eberswalde

3



Eine Hoffnung. Stiftungsentagement in Eberswalde

4



»Rechtsextreme Taten werden als solche nicht anerkannt«

5



»Jeder Einzelne muss etwas tun«

12

»Repression ist kein Allheilmittel gegen rassistische Gewalt«



Die Bürgerrechtlerin Uta Leichsenring übernahm 1991, knapp ein Jahr nach der Ermordung Amadeu Antonio Kiowas, das Amt der Polizeipräsidentin in Eberswalde bis 2002. Heute ist sie Leiterin der Außenstelle der Stasi-Unterlagenbehörde in Sachsen-Anhalt und Stiftungsrätin der Amadeu Antonio Stiftung.

Wie nahmen Sie die Stimmung in Eberswalde nach dem Übergriff wahr?

Das war eine Mischung von Gefühlen, die ich damals wahrgenommen habe: Einerseits war da die Scham, andererseits aber auch eine Mischung aus Trotz und Rechtfertigung durch die bestehenden Verhältnisse.

Was ist damals nach Ihrer Einschätzung falsch gelaufen?

Die Gewaltbereitschaft der Rechtsradikalen wurde sowohl innerhalb als auch außerhalb der Polizei unterschätzt. Nach der Wende setzte die Polizei ganz stark auf Deeskalation, das hat vermutlich auch dazu geführt, dass so spät eingegriffen wurde. Auch die technische Ausstattung war nicht ausreichend. Die anwesenden Zivilpolizisten waren nicht mit Funk ausgestattet und mussten die Verstärkung mit einem Telefon in der Nähe holen.

Hat sich die Strafverfolgung von rassistisch motivierten Straftaten seither verbessert?

Auf jeden Fall! Sowohl bei der Polizei als auch durch die Justiz. Strafmaße werden immer häufiger ausgeschöpft und Anklagepunkte sind jetzt verschärft. Wenn die rassistische Motivation erkennbar ist, z.B. bei Brandanschlägen, dann wird öfter der Mordversuch angeklagt. Staatsanwälte und Richter gehen richtigerweise davon aus, dass auch ein Heranwachsender einschätzen kann, dass so ein Angriff tödlich enden kann.

Wie hat sich das Auftreten der Neonazi-Szene in Eberswalde seither verändert?

Rechtsorientierte Jugendgruppen hat es dort immer gegeben, aber die konnten kaum feste Strukturen etablieren. In den 1990ern hat sich auch die Zivilgesellschaft gegen das Problem gewandt, Neonazis - sei es die NPJ mit ihrer Jugendorganisation JN oder Kameradschaften - bekommen immer weniger Möglichkeiten, öffentlich zu agieren bzw. sich zu etablieren.

Stellt härtere Repression das Allheilmittel gegen rassistische Gewalt dar?

Ein Allheilmittel ist das natürlich nie. Wichtig ist, dass die juristischen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Eine rassistische Motivation muss von Anfang an geprüft und eine Strafe zeitnah verhängt werden - einerseits. Andererseits ist die zivile Gegenwehr aus der Bevölkerung nicht zu unterschätzen.

Vielen Dank für das Interview. Das Interview führte Robert Fährmel.

Soziale Netzwerke gegen Nazis



Die von netz-gegen-nazis.de initiierte Aktionswoche »Soziale Netzwerke gegen Nazis« machte vom 11. bis zum 17. Oktober 2010 darauf aufmerksam, Neonazis, Rassisten und Antisemiten in den Netzwerken nicht unkommentiert agieren zu lassen. Ein rauschender Erfolg: Anfangs beteiligten sich 20 soziale Netzwerke an der Aktion, u.a. die VZ-Netzwerke, MySpace, YouTube, wer-kennt-wen, Jappy und Spin - am Ende waren es 57. Schon zehn Tage später bekräftigten über 350.000 Gruppenmitglieder in unterschiedlichen sozialen Netzwerken, wie wichtig sie es finden, sich gegen Neonazismus auszusprechen - und es werden

täglich mehr, denn die Gruppen zur Aktion bleiben auch nach deren Ende aktiv. Hunderte Medienberichte - bis hin zur 20 Uhr-Tagesschau - begleiteten die Aktion; tausende begeisterter Zuschriften sowie hunderte hasserfüllter Kommentare sprechen eine deutliche Sprache: Das Thema Neonazis und rechtsextreme Einstellungen im Web 2.0 bewegt viele und muss weiter bearbeitet werden, das wird die Amadeu Antonio Stiftung zusammen mit den Netzwerkbetreibern tun.

www.soziale-netzwerke-gegen-nazis.de

Spendenbilanz 2009 - Verpflichtung zur Transparenz

Initiativen und Projekte für demokratische Kultur ermutigen, beraten und fördern - dieses Ziel kann die Amadeu Antonio Stiftung, dank unserer Spenderinnen und Spender, Stifterinnen und Stifter verfolgen.

Da uns Ihr Vertrauen wichtig ist und wir uns einem seriösen, transparenten und vertrauenswürdigen Umgang mit Spenden verpflichtet fühlen, möchten wir Ihnen an dieser Stelle, wie auch im vergangenen Jahr, einen Überblick über die Spendenentwicklung und den verantwortungsvollen Umgang ihrer Verwendung geben.

Vielen Dank an über 450 Einzelspender

2009, im elften Jahr des Bestehens der Stiftung haben über 450 Einzelspenderinnen und -spender eine Fördersumme von 148.609,29 Euro gespendet. Mit 79.339,97 Euro aus nicht zweckgebundenen Spenden konnte die Amadeu Antonio Stiftung im Jahr 2009 über 50 Projekte, Initiativen, Organisationen und Opfer rechter Gewalt unterstützen und fördern, die sich für demokratische Kultur und gegen Rechtsextremismus und Diskriminierung im Alltag einsetzen. Den Großteil der geförderten Initiativen machen Jugendprojekte aus. 2009 fielen besonders die Projekte von Kirchengemeinden gegen Rechtsextremismus auf. Der Förderschwerpunkt der Stiftung war 2009 die Kampagne »Kein Ort für Neonazis in Thüringen«. Mit dieser außerordentlich erfolgreichen Kampagne hat die Amadeu Antonio Stiftung dazu beigetragen, dass die NPJ knapp den Einzug in den Landtag von Thüringen verpasst hat. Dazu haben auch Sie beigetragen!

Ermütigung vor Ort

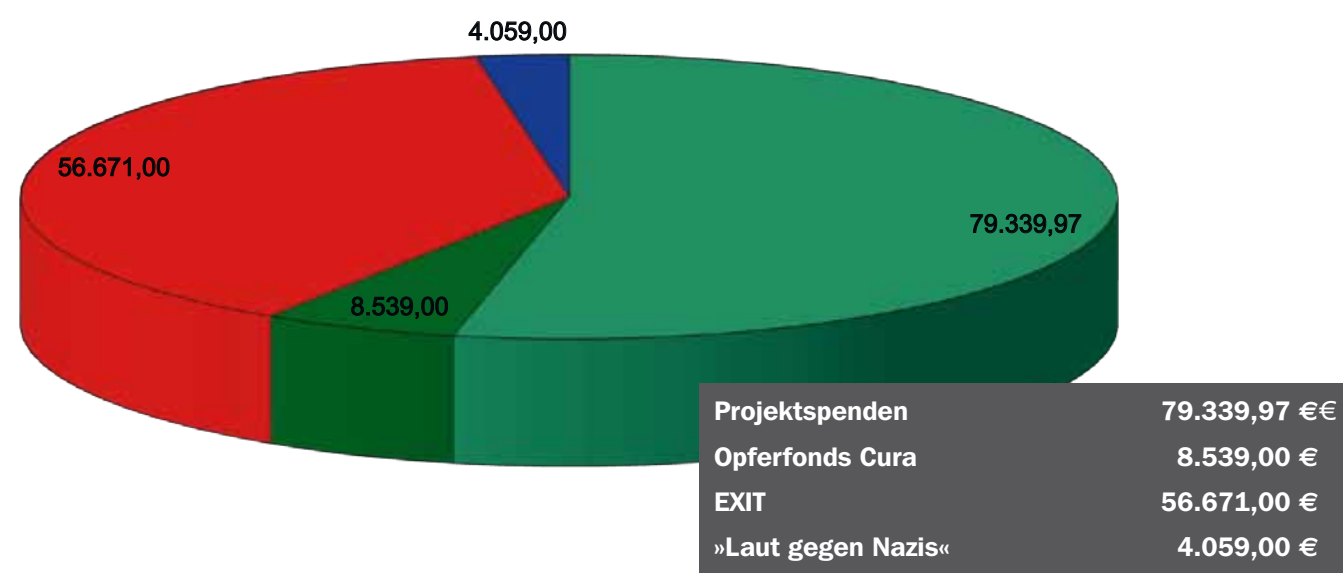
Mit 56.671,00 Euro aus zweckgebundenen Spenden der stern-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« wurde das Neozissaussteigerprojekt EXIT mit der höchsten Zuwendung gefördert. Seit der Gründung vor 10 Jahren hat EXIT 391 Aussteiger, viele Männer und einige Frauen, bei ihrem Ausstieg aus der rechtsextremen Szene begleitet. Mit 8.539,00 Euro aus zweckgebundenen Spenden des Opferfonds Cura konnte sieben Personen, die Opfer rechtsextremer Gewalt wurden und vier Opferberatungsstellen, direkt und unbürokratisch unterstützt werden. Die Amadeu Antonio Stiftung organisierte 2009 außerdem zusammen mit der Kampagne »Laut gegen Nazis« eine Konzerttournee. Die Touren führten in große und kleinere Städte und waren eine wichtige Ermütigung für die Projektpartner vor Ort.

Bei den Konzerten standen Silbermond, The Boss Hoss, Jeanette Biedermann und viele andere auf der Bühne. Neben den Musikern kommen auch lokale und überregionale Initiativen zu Wort, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen. Für diese Kampagne konnte die Amadeu Antonio Stiftung das Projekt aus zweckgebundenen Spenden noch zusätzlich mit 4.059,00 Euro unterstützen. Höhepunkt war u.a. das Konzert gegen den größten Neonazifamarsch Europas am Jahrestag der Bombardierung im Februar 2009 in Dresden und das große Konzert »Nazis aus dem Takt bringen« im September in der Alten Försterei in Berlin-Köpenick mit dem damaligen Bundesaußenminister Steinmeier und DGB-Chef Michael Sommer.

Nachfragen erwünscht!

Zu den Spendeneinnahmen der Amadeu Antonio Stiftung kommen Zuschüsse von Dritten. So wird unsere Arbeit seit Bestehen durch die Freudenberg Stiftung unterstützt, welche sich vor allem an den laufenden Geschäftskosten der Stiftung beteiligt. Die Dreilinden Gesellschaft tritt als Förderin des Projekts »Lola für Ludwigslust« auf, das sich zum Ziel gesetzt hat, Mädchen und Frauen darin zu bestärken, sich für lebendige Demokratie in ihrer Region einzusetzen. Zudem erhielt die Stiftung für operative Projekte im Jahr 2009 zweckgebundene Zuwendungen von der Ford Foundation, der ZEIT, dem Generali Zukunftsfonds, der vorwärts Verlagsgesellschaft, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales. Die Amadeu Antonio Stiftung zahlt keine Prämien, Provisionen oder Erfolgsbeteiligungen für die Vermittlung von Spenden. Die Gehaltszahlungen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden in Anlehnung an den Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD) gezahlt, Honorare in Anlehnung an die Honorarordnung des Bundes sowie Reisekosten in Anlehnung an das Bundesreisekostengesetz abgerechnet. Das Stiftungskapital betrug zum Jahresende 343.700 Euro und konnte damit im Jahr 2009 eine Zustiftung von 2.000 Euro verbuchen. Dies ist ein kleiner Sockel, für eine langfristig gesicherte Stiftungsarbeit reicht er aber noch nicht aus. Deshalb wirbt die Stiftung auch künftig für Zustiftungen und Spenden. Falls sich bei Ihnen Fragen ergeben, scheuen Sie sich bitte nicht, bei uns direkt nachzufragen.

Von Konstanze Ameer



»Pogromstimmung« in Eberswalde

Ein 60-köpfiger Mob von Neonazis jagt Amadeu Antonio durch Eberswalde. Die Polizei beobachtet, greift aber nicht ein. Nur fünf Täter werden vor Gericht verurteilt. Ein Rückblick auf den Mord an Amadeu Antonio.



Samstagnachmittag, 24. November 1990, Eberswalde: Eine Gruppe junger Erwachsener trifft sich in der Wohnung eines stadtbekanntem Neonazis. Darunter befinden sich sowohl bekannte Skinheads aus Gratz und Casekow als auch Jugendliche aus Eberswalde. Gemeinsam ziehen sie los, um in eine Diskothek zu gehen. Bereits auf dem Weg dorthin randalieren einige der jungen Erwachsenen - sie brechen in den Imbisswagen eines türkischen Besitzers ein. Die Polizei war schon zwei Wochen zuvor über das Treffen der Gruppe informiert, auch bei der Randalie auf dem Weg zur Diskothek wurde die Gruppe beobachtet. Nach dem Diskobesuch zog eine Gruppe von 60 Leuten weiter Richtung der Gaststätte »Hüttengasthof«. Ihr Ziel war es »Neger aufzuklatschen«, wie die Angeklagten später im Gerichtsverfahren zu Protokoll gaben. »Heute kann man sich kaum noch vorstellen wie die Stimmung 1990 war«, erzählt Eberhard Seidel-Pielen, mittlerweile Geschäftsführer des Projekts »Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage«, der damals als Journalist für den Tagesspiegel über den Fall berichtete. »Immer wieder zogen völkische Straßenbanden durch die Städte und bedrohten die Anwohnerinnen und Anwohner. Doch weder die Regierung noch die Medien reagierten zunächst auf die rassistischen Übergriffe.«

... und die Polizei schaut zu

»Nach der Wende gab es ein Machtvakuum, die Polizeidienststellen hatten große Probleme mit der Umstrukturierung und waren somit noch nicht wirklich arbeitsbereit«, erklärt Seidel-Pielen. Warum die Polizei am Abend des 24. Novembers nicht eingriff, bleibt aber unklar. Es wurde wegen »Körperverletzung mit Todesfolge aufgrund unterlassener Hilfeleistung« gegen die Beamten ermittelt, eine Anklage jedoch nicht erhoben. »Dass die Polizei in diesem Fall nicht verurteilt wurde, überrascht mich nicht. Die Institution ist hierarchisch aufgebaut und endet im Innenministerium. Wenn man dort länger ermittelt hätte, hätte man auch eigene Verfehlungen eingestehen müssen«, so Prof. Dr. Monika Frommel, Direktorin des Instituts für Sanktionenrecht und Kriminologie der Universität zu Kiel. Am 6. Dezember verstarb Amadeu Antonio ohne vorher nochmals das Bewusstsein zu erlangen.

Reaktionen auf den Prozess

Der Mord wurde als schwere Körperverletzung mit Todesfolge eingestuft - die Angeklagten bekamen Jugendhaftstrafen zwischen zwei und vier Jahren. Viele kritisierten damals den Urteilsspruch, darunter auch Frommel: »In der Zeit um 1990 wurden Straftaten mit rassistischer Motivation oft bagatelisiert. Bei den Ermittlungen wurde der politische Hintergrund einer Tat, zumindest im Bereich der rechtsextremen Straftaten, ausgeblendet. Somit wurden die Taten, wie im Fall von Amadeu Antonio, entpolitisiert.« Dass die Gruppe klar rassistische Gedanken verfolgte, wurde in der Urteilsbegründung zwar aufgegriffen, jedoch durch die »damaligen politischen und gesellschaftlichen Umstände« verharmlost: »Man war der Ansicht, dass es im Osten keine echten Nazis, sondern nur verirrte Jugendliche gebe, die ihrer Verwirrung eine fremdenfeindliche Note gaben«, so Bernd Wagner von EXIT Deutschland, der damals als Polizist arbeitete.

Rassistisch motivierte Straftaten heute

»Im Vergleich zu damals hat mittlerweile ein Paradigmenwechsel stattgefunden, das Umfeld der Täter und eine politische Motivation werden mit in Ermittlungen einbezogen. Was nicht heißt, dass heute alle Urteile zu rechtsextremen Übergriffen angemessen sind«, erklärt Frommel. Auch weiterhin werden viele Straftaten, die eine rassistische oder anderweitig diskriminierende Motivation als Hintergrund haben, nicht immer als solche gewertet, da eine Straftat mit politischem Hintergrund auch zusätzliche Ermittlungsarbeit für Staatsanwaltschaft und Polizei bedeutet. Oft scheint den Behörden eine rassistische Motivation nicht klar genug. Doch nur eine eindeutige Benennung der Tatmotivation bei rechtsextremen Straftaten führt zu einer umfassenden Aufklärung über die Gefahr, die von einer solchen Ideologie ausgeht. Damit Morde wie der an Amadeu Antonio niemals wieder zum Alltag in Deutschland werden, hat sich die Amadeu Antonio Stiftung gegründet, die mit der Namensgebung auch an Amadeu Antonio und die anderen Todesopfer rechter Gewalt erinnern will.



Von Dana Fuchs und Laura Frey

Drei Jahre »LOLA für LULU«

Oft sind es Frauen und Mädchen, die sich für eine demokratische Kultur in ihrem Wohnort im Landkreis Ludwigslust einsetzen. Dennoch sind sie noch immer strukturell benachteiligt. Seit drei Jahren unterstützt das Modellprojekt »LOLA für LULU« der Amadeu Antonio Stiftung genau diese Frauen und Mädchen in Ludwigslust.

Doch nicht nur die Benachteiligung von Frauen und Mädchen ist ein Grund für »LOLA für LULU«, sich mit einer geschlechtsspezifischen Perspektive dem Thema Rechtsextremismus zu nähern. In der Rechtsextremismusprävention wird bislang kaum beachtet, dass es spezifische Gründe für Mädchen und Jungen gibt, sich rechtsextrem zu orientieren. Will ich also Jugendliche stärken und davon abhalten, rechten Gruppierungen beizutreten, ist ein pädagogischer Ansatz wichtig. »LOLA für LULU« zeigt sich in verschiedenen Bereichen mit unterschiedlichen Projekten verantwortlich.

Mädchen und Jungen diskutieren

Im Peer Leadertraining lernen Mädchen und Jungen, sich in ihrer Schule für Chancengleichheit einzusetzen, gegen rechtsextreme Meinungen einzutreten und somit den Schulalltag lebendig zu gestalten. Einen Schwerpunkt nimmt dabei die Auseinandersetzung mit traditionellen und modernen Geschlechterrollen ein: Mädchen und Jungen diskutieren, welche Aufgaben Mütter und Väter zu Hause und in der Gesellschaft übernehmen, was für sie Gleichberechtigung heißt und was ihre Vorstellungen von Partnerschaft und Gleichwertigkeit sind. Diskutiert und erklärt werden Phänomene von Ausgrenzung, wie Rassismus, Antisemitismus und Homophobie.

Frauen in Kommunalparlamenten

In dem Projekt Damenwahl spricht »LOLA für LULU« diejenigen Frauen an, die sich in ihren Landkreisen zur Wahl stellen wollen. Nach wie vor sind Frauen in den lokalen Parlamenten unterrepräsentiert. »LOLA für LULU« bietet Schulungen für sie an: Neben dem grundsätzlichen Know-how der Kommunalpolitik steht auch der Umgang mit rechtsextremen Abgeordneten auf dem Programm. Gerade die Zunahme rechtsextremer Frauen in Kommunalparlamenten stellt demokratische Abgeordnete vor eine besondere Herausforderung, da diese sich nicht in das stereotype Bild eines gewaltbereiten Rechtsextremen einfügen, sondern durchaus freundlich und sozial engagiert wirken.

Neonazi-Ideologie in der Kita

Im Fortbildungsprogramm Augenblick-Mal schult »LOLA für LULU« pädagogische Kräfte aus Kitas und Schulen hinsichtlich möglicher Unterstützungsformen für Kinder aus rechtsextremen Elternhäusern. Konfrontiert mit der rechtsextremen Ideologie der Eltern, handeln Erzieherinnen und Erzieher oftmals verunsichert und überfordert. Sie sollen im Rahmen eines dreitägigen Fortbildungsmoduls gestärkt werden: Das Phänomen Rechtsextremismus, erprobte Ansätze der Demokratiepädagogik und konkrete Handlungsstrategien werden vermittelt. Darüber hinaus unterstützt »LOLA für LULU« eine Vielzahl kleinerer Projekte und setzt neue Ideen in die Praxis um. Auf www.lola-für-lulu.de finden sich die neuesten Entwicklungen.

Ein herzlicher Dank

LOLA für LULU lässt sich aus einem weiteren Grund als innovativ beschreiben: Es ist privat gefördert. Ise Bosch hat sich mit der von ihr gegründeten Dreilinden gGmbH dafür stark gemacht, Rechtsextremismusprävention aus einer feministischen Perspektive zu denken und Praxisansätze zu entwickeln. Jährlich stellt Dreilinden 150.000 Euro zur Verfügung und gibt dem Projekt Spielraum, modellhafte Antworten zu suchen und zu geben. Anders als bei vielen staatlichen Förderungen ist es uns auf diesem Wege möglich, neue Wege zu beschreiben, aus Fehlern zu lernen und im besten Sinne kreativ zu sein. Gerade die weitgehend unbürokratische Förderpraxis lässt Zeit für die eigentliche Arbeit. Dafür möchten wir uns an dieser Stelle ganz herzlich bedanken! »LOLA für LULU« ist für die gesamte Stiftung ein wichtiger innovativer Motor, der neue Fragestellungen aufwirft und bislang ungewohnte Wege öffnet. So ist das Thema Gender mittlerweile ein Querschnittsthema der Stiftungsarbeit - nicht zuletzt durch »LOLA für LULU«.

Von Heike Radwan

Eine Hoffnung

Wenn heute jemand fragt, ob gegen Rechtsextremismus ein Kraut gewachsen sei, dann denke ich als allererstes an Eberswalde. Nur ein Kraut? Eher eine ganze Wiese. In Eberswalde kann jeder betrachten, wie es geht, eine Stadt der dumpfen, atmosphärischen Dominanz der Nazis wieder zu entreißen.

Eberswalde ist ein gutes Beispiel, ein Vorbild für andere Städte, in denen engagierte Menschen miteinander verzweifeln an der Hartleibigkeit von Vorurteilen, der Penetranz der Nazis und an der Ohnmacht oder gar Gleichgültigkeit der Gemeinden, der Verwaltung und ihrer Vertreter. Hier haben Bürgerinnen und Bürger das alles durchgestanden und nicht aufgegeben. Ein solches Loblied ist wichtig, wir tun das viel zu selten. Doch das Problem mit den völkischen Stimmungen ist auch in Eberswalde noch nicht überwunden. Die militanten Nazis sind weniger geworden, gewiss, und die Stadt hat auch dazu beigetragen, dass ihr Einfluss geschwunden ist. Doch die Quellen ihrer Gesinnung sind noch immer da: Rassismus und demokratiefeindliche Einstellungen sitzen tief. Am 6. Dezember 1990 starb Amadeu Antonio, nachdem er von Nazis gejagt, eingeholt und geschlagen worden war. Als der entfesselte Mob wenig später auch in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen losschlug war klar, dass Amadeu Antonios Tod kein Einzelfall war, sondern mit dem äußerst aggressiven Klima in Ostdeutschland zu tun hatte. Da war es schwer, wie überall in den neuen Ländern so auch in Eberswalde die Voraussetzungen für ein zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rechtsextremismus zu schaffen. Wer ein Problem nicht wahrnehmen will, kann sich damit auch nicht auseinandersetzen. Doch glücklicherweise gab es in Eberswalde eine Reihe von Menschen, die sehr wohl wahrnehmen konnten und bereit waren, sich auf einen langen Weg zu machen. Eine zivile Gesellschaft gab es in Eberswalde nicht, nur einzelne Personen. Rassismus, so wie die selbstverständliche Anwesenheit von Nazibanden wurden von der Mehrheit der Bewohnerinnen und Bewohner als trotziges Zeichen gegen die Folgen der Vereinigung verteidigt. Deshalb begannen die Engagierten mit Unterstützung der RAA zunächst mit Projekten in Kindergärten. Hier entstand für die Jüngsten und ihre Familien, für die Kindergärtnerinnen und die Verwaltung ein Modell, das die rigiden Erziehungsstile der DDR zugunsten demokratischer Öffnung zu überwinden half. Über viele Jahre arbeiteten die Stadt und Stiftungen hier zusammen und es entstand daraus früh eine Erfolgsgeschichte, die viele Familien erreichte und den Kindern sichtbare Anerkennungen und sogar interkulturelle Lerneffekte verschaffte. So konnte ohne das Wort Rechtsextremismus zu benutzen, mit dem Gedanken Demokratie wirklich zu leben in Eberswalde begonnen werden. Diesem



Projekt folgten viele andere. So gründeten wir das Eberswalder Zentrum für Demokratie, Jugendarbeit und Schule, in dem auch andere Ideen der Schulöffnung und Demokratisierung des Alltags eingeführt werden konnten. In Gedenken an Amadeu Antonio beispielsweise förderte die 1998 gegründete Amadeu Antonio Stiftung einen Schüleraustausch mit Angola, unterstützte den afrikanischen Kulturverein Palanca e.V., spielte jeden Sommer Theater mit Eberswalder Laien, brachte Rock- und Hiphopkünstler in die Stadt und veranstaltete mit den Jugendlichen vor Ort Workshops. Als sich nach und nach immer mehr Menschen für den neuen Impuls der Öffnung interessierten war die Grundlage da, um in der Region eine Bürgerstiftung zu gründen. Die Amadeu Antonio Stiftung hat dafür gern das Stiftungskapital für die Barnim Uckermark Stiftung zur Verfügung gestellt und sie beim Aufbau eigener Strukturen unterstützt. Die Bürgerstiftung ist heute ein wichtiger Motor für die unterschiedlichsten Aktionen und Projekte. Hier werden Bürgerinnen und Bürger aktiv einbezogen, wenn Ideen für demokratische Alltagskultur entwickelt und umgesetzt werden. Dass die Nazis jedoch keineswegs verschwunden sind, davon zeugen Überfälle wie der auf den Palanca e.V. und Anschläge auf den Imbiss am Bahnhof in Eberswalde. Um hier zu helfen, haben die Bürgerinnen und Bürger, das Projekt Opferperspektive und die Amadeu Antonio Stiftung mit dem Opferfond CURA Geld gesammelt. Und dass die NPD bei den

Wahlen hier keine Chance bekam, hatte auch damit zu tun, mit wie viel Engagement hier die Kampagne »Kein Ort für Neonazis« betrieben wurde. Die Sportfreunde Stiller kamen ins nicht weit gelegene Finowfurt, um mit Jugendlichen über ihren »Antinazibund« zu sprechen und sie zu ermutigen, weiter gegen eine neue Nazigruppe im Ort aktiv zu bleiben. Immer wieder förderte die Stiftung auch Projekte zur Erinnerungskultur in der Stadt: Junge Leute arbeiten in den Baracken des ehemaligen Außenlagers des KZ Ravensbrück. Auch sie engagieren sich und machen gleichzeitig Angebote sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen. Das »Exil« ist eine Mischung aus Ideenwerkstatt, Veranstaltungsort und Treffpunkt für Konzerte. Und es ist ein Ort des Gedenkens an die Opfer des Naziterrors. Zwanzig Jahre sind seit Amadeu Antonios Tod vergangen. Inzwischen hat sich das Klima in Eberswalde verändert. Nun wissen wir, dass dies nicht von allein geschieht. Lippenbekenntnisse allein schaffen keine Veränderung – sie würden aus der Erinnerung an Amadeu Antonio nur Heuchelei machen. Das Andenken an den jungen Mann aus Angola kann nicht besser ausgedrückt werden, als durch gezieltes, engagiertes und lang währendes Handeln. Das macht die Tat nicht ungeschehen. Doch es ist eine realisierbare Antwort auf das Verbrechen. Und eine Hoffnung.

Von Anetta Kabane

Auf der Suche nach der eigenen Identität

Die Existenz und die Beiträge Schwarzer Männer und Frauen in Deutschland sind bislang nur unzureichend zur Kenntnis genommen worden. Verschiedene Initiativen haben sich mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung zum Ziel gesetzt, dies zu ändern.

»Schwarze Deutsche gehören zum Alltag«, sagt Saidou Cissé Schleicher von der »Initiative Schwarze Menschen in Deutschland« (ISD e.V.). Im Bewusstsein der weißen Mehrheitsgesellschaft stellt die Kombination Schwarz und Deutsch jedoch bis heute oftmals einen Widerspruch dar. Dies führt dazu, dass sich Schwarze Deutsche in ihrem Lebensalltag mit diskriminierenden und rassistischen Argumentations- und Wahrnehmungsmustern konfrontiert sehen. Die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt verschiedene Initiativen, die sich auf ganz unterschiedliche Weise dem weiten Thema Alltagsrassismus nähern.

An den Kolonialherren erinnern?

In der von der Stiftung unterstützten Ausstellung »Home-story Deutschland – Schwarze Biografien in Geschichte und Gegenwart« des Vielfalt-Komitees der Nelson-Mandela-Schule und des ISD werden Leben und Wirken verschiedener Schwarzer Menschen vorgestellt. Dabei ist auch May Ayim. Sie wurde in Hamburg geboren und starb 1996 in Berlin-Kreuzberg. Ayim war Gründungsmitglied der »Initiative Schwarzer Menschen in Deutschland« und kämpfte gegen Rassismus und Diskriminierung. Im Frühjahr 2010 wurde das Berliner »Gröbenufer« in Kreuzberg in »May-Ayim-Ufer«



»Wir werden als Objekt betrachtet«

Auch der Joliba e.V. beschäftigt sich, gefördert durch die Stiftung, mit der Geschichte Schwarzer Deutscher – aber aus einer künstlerischen Perspektive. Im Projekt »Black Art & History Forum« setzen sich Jugendliche mit Geschichte und Wirken Schwarzer Menschen in Deutschland auseinander. Die Ergebnisse von Geschichtswerkstatt und Kunstworkshops mit dem Künstler Satch Hoyt werden in einer öffentlichen Veranstaltung präsentiert. Eine weitere Form der Auseinandersetzung verfolgt das Theaterensemble »Label Noir«. Mit Unterstützung der Amadeu Antonio Stiftung realisierte es im Herbst 2010 eine Tournee durch Brandenburg. Von Gospel über Schlager bis Klassik begleitet ein breites Spektrum an Musik- und Gesangseinlagen die Zuschauerinnen und Zuschauer. Der Blickwinkel ist dabei immer ein afro-deutscher. Das Stück widmet sich den oft skurrilen Begegnungen mit sogenannten Mehrheits-Deutschen in einem Wechselspiel der Emotionen. »Menschen, die wir gerade erst kennen gelernt haben, stellen uns sehr persönliche Fragen nach unseren Eltern oder unserer ‚Herkunft‘ oder wollen unsere Haare anfassen«, so Lara Sophie Milagro, künstlerische Leiterin von »Label Noir«. »Wir werden nicht wirklich ernst genommen, als Objekt betrachtet und exotisiert. Wir möchten die Vorstellungen davon, was deutsch ist und deutsch sein kann, ändern und erweitern. Die kulturelle Identität ist nicht das äußere Erscheinungsbild eines Menschen.«

Von Nora Winter und Christian Müller

»Rechtsextreme Taten werden als solche nicht anerkannt«

Im Jahr 1990 wurde Amadeu Antonio in Eberswalde ermordet. Zehn Jahre später ereilte Alberto Adriano in Dessau dasselbe Schicksal. Mit dem, der in beiden Prozessen die Familien der Opfer vertrat, sprachen wir über die Gerichtsverhandlungen, die Rolle der Justiz und der Öffentlichkeit, damals wie heute.



Wie haben Sie die Verhandlung um den Mord an Amadeu Antonio wahrgenommen?

Die Situation im Gerichtssaal war sehr brisant. Es gab im Publikum eine große Gruppe von eindeutig rechten Zuschauern, die offen mit den Angeklagten sympathisierten – bis hin zur szenetypischen Kleidung wie z.B. Springerstiefel. Daneben haben Leute aus antirassistischen Gruppen und Bekannte von Amadeu Antonio aus der schwarzen Community in Eberswalde gesessen. Auch Vertreter der Stadt waren präsent und haben viel Verständnis für »ihre Jungs« auf der Anklagebank gezeigt.

Wie beurteilen Sie die Rolle der Justiz im Prozess?

Staatsanwaltschaft und Gericht haben in weiten Teilen versagt. Es hat über zwei Jahre gedauert bis es zur Verhandlung kam. Im November 1990 wurde Amadeu Antonio ermordet, der Prozess fand erst im Sommer 1992 statt. Die Aufklärung wurde dadurch erschwert, Zeugen konnten sich mit Erinnerungslücken herausreden. Das Verfahren ist nicht mit der Priorität behandelt worden, die bei so einem Vorfall angemessen gewesen wäre. Der Vorsitzende Richter schien keinen adäquaten Zugriff auf die Zeugen und Angeklagten zu bekommen. Kaugummi kauenden Zeugen warf er Missachtung des Gerichts vor, aber gegen die Skins mit Springerstiefeln im Gerichtssaal unternahm er nichts.

Was dachten Sie nach der Urteilsverkündung?

Im ersten Moment war ich froh, dass es überhaupt zu einer Verurteilung gekommen war. Angesichts der Beweisschwierigkeiten drohte sogar ein Freispruch. Letztlich ist es aber kaum nachvollziehbar, dass hier lediglich wegen Körperver-

letzung mit Todesfolge verurteilt worden ist. Das Gericht hatte festgestellt, dass ein Mob durch Eberswalde zog, um »Neger aufzuklatschen« und sich mit »Deutschland den Deutschen«-Rufen aufheizte. Auf Amadeu Antonio traten eine Vielzahl von Personen ein, als er auf dem Boden lag. Wer sich, wie die damaligen Angeklagten, daran beteiligt, begeht aus meiner Sicht einen Mord aus »niederen Beweggründen«.

Wie sehen Sie die Entwicklung heute?

Im Vergleich zu 1990 hat sich einiges getan. Es gibt Sonderdezernate und Sondereinheiten sowohl bei der Polizei als auch bei der Staatsanwaltschaft, die sich speziell mit Straftaten mit rechtsextremer Motivation beschäftigen. Das Umfeld der Täter wird heute mehr ausgeleuchtet und überprüft. Jedoch werden auch heute viele Taten, die eine eindeutige rechtsextreme Motivation haben, nicht als solche anerkannt. Rechts-extreme Straftaten werden oft verharmlost.

Was kann die Zivilgesellschaft zur Unterstützung der Betroffenen tun?

Im Jahr 2000, als Alberto Adriano ermordet wurde, spielte die Zivilgesellschaft eine große Rolle, die mit Mahnwachen, Demonstrationen und Lichterketten auf den Mord aufmerksam machte und die Justiz unter Druck setzte, schnell und entschieden zu handeln. Was dann auch Wirkung gezeigt hat. Die Hauptverhandlung wurde nur wenige Wochen nach der Tat durchgeführt, das Oberlandesgericht war zuständig und nicht nur eine Jugendkammer am Landgericht. Die Täter sind wegen Mordes verurteilt worden.

Das Interview führte Laura Frey.

IHRE SPENDE FÜR DEN OPFERFONDS CURA: DEUTSCHE BANK KONTO: 030 331 331 BLZ: 509 700 04

Opferfonds CURA: Rückblick 2010

Aleine im ersten Halbjahr 2010 haben Rechtsextremisten nach vorläufigen Zahlen des Bundesinnenministeriums fast 8.000 Straftaten verübt, darunter 387 Gewaltdelikte. Besonders erschreckend: Die beispiellose Serie von Brandanschlägen gegen jüdische, zivilgesellschaftliche und alternative Einrichtungen sowie Imbisse von Mitbürgern mit Migrationshintergrund im Freistaat Sachsen.

Nur durch Glück wurde bei den zwölf Anschlägen niemand verletzt. Doch der materielle Schaden ist enorm. Insbesondere die Imbissbetreiber traf es schwer – zwei Imbisswagen in Eilenburg wurden völlig zerstört und zwei Lokale in Freiberg durch die Flammen stark beschädigt. Einen Versicherungsschutz gibt es nicht immer, denn oft ist den Versicherungsgesellschaften das Risiko zu hoch. Insgesamt belief sich die ungedeckte Schadenssumme auf über 30.000 Euro. Der Opferfonds CURA unterstützt durch eine gemeinsame Spendenkampagne mit der RAA Sachsen die vier Familien, die sich nach der Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen in erheblichen Notlagen befinden.

Opferberatungen stärken

Unterstützung durch den Opferfonds CURA fanden im vergangenen Jahr zudem auch Vereine, die in der ehrenamtlichen Opferberatung tätig sind. Ein Beispiel dafür ist etwa der Verein AUFANDHALT e.V. in Gera, der vor allem auch Flüchtlingen, die Opfer rassistischer Gewalt wurden und sonst kaum bis gar keine Hilfe erfahren, beratend und begleitend beisteht. Ein weiterer Tätigkeitsbereich des Opferfonds ist darüber hinaus die Unterstützung von Vereinen, die in der Arbeit gegen Rechtsextremismus aktiv sind und deshalb ins Visier von Neonazis geraten. Auch in solchen Fällen hilft CURA – wie beispielsweise im brandenburgischen Neuruppin, wo der Verein MittenDrin e.V. zum wiederholten Male angegriffen wurde und nach der letzten Attacke Hilfe bei der Behebung der Schäden erhielt.



Fast 10.000 Euro für Opferhilfe

Insgesamt unterstützte der Opferfonds CURA im Jahr 2010 elf Einzelpersonen und Familien und fünf Vereine und Initiativen mit knapp 10.000 Euro. Damit stieg die Gesamtsumme, mit der der Opferfonds seit 2004, als er in die Trägerschaft der Amadeu Antonio Stiftung übergang, Betroffenen rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt beisteht auf fast 50.000 Euro.

Von Thomas Olsen

CURA
OPFERFONDS RECHTE GEWALT

Ermutigigen. Der Kalender 2011

JANUAR	FEBRUAR	MÄRZ	APRIL	MAI	JUNI	JULI	AUGUST	SEPTEMBER	OKTOBER	NOVEMBER	DEZEMBER
1 Sa Beginn des Europäischen Jahres der Freiwilligkeit	1 Di	1 Di	1 Fr	1 So Bundesweite Demonstrationen gegen Naziaufmärsche zum 1. Mai	1 Mi	1 Fr 2. Todestag von Marwa El-Sherbiny	1 Mo	1 Do	1 Sa	1 Di Aktionswochen gegen Antisemitismus	1 Do
2 So	2 Mi	2 Mi	2 Sa	2 Mo	2 Do	2 Sa	2 Di	2 Fr	2 So	2 Mi	2 Fr
3 Mo	3 Do	3 Do	3 So	3 Di	3 Fr	3 So	3 Mi	3 Sa	3 Mo Tag der offenen Moschee	3 Do	3 Sa Internationaler Tag der Menschen mit Behinderung
4 Di	4 Fr 10 Jahre »Brothers Keepers«	4 Fr	4 Mo	4 Mi	4 Sa	4 Mo	4 Do	4 So Landtags- und Kreistagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern	4 Di »Aufstand der Anständigen« nach dem Anschlag auf die Düsseldorfer Synagoge	4 Fr	4 So
5 Mi	5 Sa	5 Sa	5 Di	5 Do	5 So	5 Di	5 Fr	5 Mo	5 Mi	5 Sa	5 Mo
6 Do 6. Todestag von Oury Jalloh	6 So	6 So	6 Mi	6 Fr	6 Mo	6 Mi	6 Sa	6 Di	6 Do	6 So	6 Di 21. Todestag von Amadeu Antonio Kiowa
7 Fr	7 Mo	7 Mo	7 Do	7 Sa	7 Di	7 Do	7 So	7 Mi	7 Fr	7 Mo	7 Mi
8 Sa	8 Di	8 Di Weltfrauentag	8 Fr	8 So Tag der Befreiung	8 Mi	8 Fr	8 Mo	8 Do	8 Sa	8 Di	8 Do
9 So	9 Mi	9 Mi	9 Sa	9 Mo	9 Do	9 Sa	9 Di	9 Fr	9 So	9 Mi Novemberpogrome 1938	9 Fr
10 Mo	10 Do	10 Do	10 So	10 Di	10 Fr Karneval der Kulturen in Berlin	10 So	10 Mi	10 Sa	10 Mo	10 Do	10 Sa Tag der Menschenrechte
11 Di	11 Fr	11 Fr	11 Mo	11 Mi	11 Sa 11. Todestag von Alberto Adriano	11 Mo	11 Do	11 So Kommunalwahlen in Niedersachsen	11 Di	11 Fr	11 So
12 Mi	12 Sa	12 Sa	12 Di	12 Do	12 So	12 Di	12 Fr	12 Mo	12 Mi	12 Sa	12 Mo
13 Do	13 So Demonstration gegen Naziaufmärsche zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens	13 So	13 Mi	13 Fr	13 Mo	13 Mi	13 Sa	13 Di	13 Do	13 So Bundesweite Demonstrationen gegen Naziaufmärsche am Volkstrauertag	13 Di
14 Fr	14 Mo	14 Mo Internationale Wochen gegen Rassismus	14 Do	14 Sa	14 Di	14 Do	14 So	14 Mi	14 Fr	14 Mo	14 Mi
15 Sa 3. Meile der Demokratie in Magdeburg	15 Di	15 Di	15 Fr	15 So	15 Mi	15 Fr	15 Mo	15 Do	15 Sa	15 Di	15 Do
16 So	16 Mi	16 Mi	16 Sa	16 Mo	16 Do	16 Sa	16 Di 19. Jahrestag der pogromartigen Ausschreitungen in Rostock-Lichtenhagen	16 Fr	16 So	16 Mi	16 Fr
17 Mo	17 Do	17 Do	17 So	17 Di Internationaler Tag gegen Homophobie	17 Fr	17 So	17 Mi	17 Sa 20. Jahrestag der pogromartigen Ausschreitungen in Hoyerswerda	17 Mo	17 Do	17 Sa
18 Di	18 Fr	18 Fr	18 Mo	18 Mi	18 Sa	18 Mo	18 Do	18 So Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus und Bezirksverordnetenversammlung	18 Di	18 Fr	18 So
19 Mi	19 Sa	19 Sa	19 Di	19 Do	19 So	19 Di	19 Fr	19 Mo	19 Mi	19 Sa 13 Jahre Amadeu Antonio Stiftung	19 Mo
20 Do	20 So	20 So Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt	20 Mi	20 Fr	20 Mo Weltflüchtlingstag	20 Mi	20 Sa	20 Di Weltkindertag	20 Do	20 So	20 Di
21 Fr	21 Mo	21 Mo	21 Do	21 Sa	21 Di	21 Do	21 So	21 Mi	21 Fr	21 Mo Tag der Kinderrechte	21 Mi
22 Sa	22 Di	22 Di	22 Fr 14. Todestag von Horst Gens	22 So Bürgerschaftswahl in Bremen	22 Mi	22 Fr	22 Mo	22 Do	22 Sa	22 Di	22 Do
23 So	23 Mi 16 Jahre FAP-Verbot	23 Mi	23 Sa	23 Mo Tag des Grundgesetzes	23 Do	23 Sa	23 Di	23 Fr 59 Jahre SRP-Verbot	23 So	23 Mi	23 Fr
24 Mo	24 Do	24 Do	24 So	24 Di	24 Fr	24 So	24 Mi	24 Sa	24 Mo	24 Do	24 Sa
25 Di	25 Fr	25 Fr	25 Mo	25 Mi	25 Sa	25 Mo	25 Do	25 So	25 Di	25 Fr Internationaler Tag gegen Gewalt an Frauen	25 So
26 Mi	26 Sa	26 Sa	26 Di	26 Do	26 So	26 Di	26 Fr	26 Mo	26 Mi	26 Sa	26 Mo
27 Do Holocaustgedenktage, www.erinnernsued-niedersachsen.de geht online	27 So	27 So Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, Kommunalwahlen in Hessen	27 Mi	27 Fr	27 Mo	27 Mi	27 Sa	27 Di	27 Do	27 So	27 Di
28 Fr	28 Mo	28 Mo	28 Do	28 Sa	28 Di	28 Do	28 So	28 Mi	28 Fr	28 Mo	28 Mi
29 Sa	29 Di	29 Di	29 Fr	29 So	29 Mi	29 Fr	29 Mo	29 Do	29 Sa	29 Di	29 Do
30 So	30 Mi	30 Mi	30 Sa	30 Mo	30 Do	30 Sa	30 Di Gedenktage für die Todesopfer in Abschiebehaft	30 Fr	30 So	30 Mi	30 Fr
31 Mo	31 Do 20. Todestag von Jorge João Gomondai	31 Do 11. Todestag von Falko Lüdtko	31 Mo	31 Mi	31 Do	31 So	31 Mi	31 Do	31 Mo	31 Do	31 Sa

Der rechten Szene die Sicherheit nehmen

Für viele ist EXIT-Deutschland die einzige Anlaufstelle, wenn sie den Entschluss gefasst haben, aus der Neonaziszene auszusteigen. 391 Personen half die Organisation beim Ausstieg. Auch zum Antrag des Verbots der »Hilfsgemeinschaft für nationale und politische Gefangene« trug EXIT bei.



Neonazis, die mit ihrer Vergangenheit brechen wollen, suchten auch im Jahr 2010 Hilfe bei EXIT. Insgesamt half EXIT in den letzten 10 Jahren 391 Personen beim Ausstieg aus der Szene. »Auch Eltern, die vermuten, dass ihre Kinder in die Szene abgerutscht sind, melden sich von Anbeginn bei uns«, sagt Bernd Wagner von der Ausstiegsorganisation. »Für viele ist EXIT einziger Ansprechpartner und bleibt alternativlos«, erklärt Wagner. Aussteigende finden hier Unterstützung, wenn sie sich mit ihrem bisherigen Lebensweg kritisch auseinandersetzen. Die Ausstellung »Lebensbilder« zum Beispiel war im Jahr 2010 eine Möglichkeit, mit Fotos wichtige Schritte im Ausstiegsprozess zu dokumentieren: Fotos von einem Friedhof, einer Brücke und Wolken als Symbole für den inneren Tod, Neubeginn und verbleibende Schatten. Mit Hilfe von Bildern und kurzen, prägnanten Texten setzen sich ehemalige Neonazis mit einem wichtigen Wendepunkt in ihrem Leben auseinander: Sie haben es geschafft, die rechtsradikale Szene zu verlassen. »Ein Ausstiegsprozess ist aber langwierig und braucht intensive Hilfe«, so Wagner. »Gerade auch die Sicherheit der Aussteigenden ist wichtig.«

EXIT hilft beim Verbot der HNG

EXIT arbeitete aber auch in der Beratung und an der Vernetzung ausstiegsrelevanter nichtstaatlicher Organisationen und staatlicher Institutionen. Die Ausstiegsorganisation hat auf politischer Ebene erheblich dazu beigetragen, dass im

Jahr 2010 die Verbotsprüfung der Hilfsgemeinschaft für nationale und politische Gefangene (HNG) vorankam. »Die HNG verfolgt den selbst gestellten Auftrag, inhaftierte Gesinnungsgenossen unter anderem durch Rechtsberatung, Überlassung rechtsextremistischer Literatur und Vermittlung von Briefkontakten moralisch und materiell zu unterstützen, um sie auch während der Haftzeit sozial und ideologisch weiter an die rechtsextremistische Szene zu binden«, beschreibt der Verfassungsschutz die Organisation. Angaben von ehemaligen Mitgliedern der HNG waren und sind im Verbotsprüfungsverfahren sehr wichtig.

Im Verborgenen?

Erhebliche Resonanz erfuhr das EXIT-Angebot zur Aufklärung über die rechtsextreme Szene, weil ehemalige National-

sozialisten und NPD-Kader für Vorträge im In- und Ausland zur Verfügung stehen. Dabei ist es für sie nicht immer leicht, den Mut zu finden, in die Öffentlichkeit zu gehen. Doch die Bekämpfung des Rechtsextremismus kommt ohne die Auseinandersetzung mit ehemaligen Anhängern der Szene schwer aus. »Man darf die Szene sich nicht im Verborgenen stabilisieren lassen«, sagt Wagner. Sehr wichtig ist EXIT auch die direkte geistige und politische Auseinandersetzung mit Neonazis, die noch bereit und in der Lage sind menschlich zu fühlen und unverblendet zu denken. Dass das passiert und dass Aussteigende Hilfe bekommen, dafür sorgt EXIT auch weiterhin.

Von Fabian Wichmann

Hauptstadt der Bewegung? – Autonome Nationalisten in Dortmund

Rechtsextremismus ist nicht nur ein Problem in Ostdeutschland. Die Amadeu Antonio Stiftung wendet sich deshalb zunehmend dem Westen zu. So etabliert sich beispielsweise im nordrhein-westfälischen Dortmund eine Szene »Autonomer Nationalisten«, der sich eine demokratische Stadtgesellschaft entgegenstellen muss.

Die jährliche Antikriegsdemonstration in Dortmund gehört wie die Demonstrationen zum 1. Mai oder zur Bombardierung Dresdens zu den Pflichtterminen des deutschen Rechtsextremismus. Jenseits dieses jährlichen Höhepunktes, zu dem

in den letzten Jahren mehrere hundert Demonstranten aus dem gesamten Bundesgebiet ins Ruhrgebiet strömten, entwickelte sich in Dortmund eine moderne rechtsextreme Subkultur.

Alt und Jung...

Alt bekannt, noch aus den 1980ern um die selbsternannte »Borussenfront«, ist die »Kameradschaft Dortmund« mit ihrer Führungsperson Siegfried Borchardt. Er gilt noch immer als Größe im deutschen Rechtsextremismus und verfügt über Kontakte ins Ausland. Im Alltag hingegen ist seine Gruppe inzwischen nur selten präsent. Hier dominieren die jünge-

ren »Autonomen Nationalisten« mit ihrem Schwerpunkt im Stadtteil Dorstfeld. Sie sind die Schnittstelle zur rechtsextrem orientierten Jugendkultur und Musikszene. Im Gegensatz zur älteren Kameradschaft haben sich die »Autonomen Nationalisten« auch ideologisch modernisiert. In ihrer öffentlichen Präsenz im Internet, auf Flugblättern und auf Veranstaltungen geben sie sich stark in der Kritik der gesellschaftlichen Zustände. Ihre Themen sind die soziale Frage, Gefahren der Globalisierung, Verteilungskonflikte zwischen Reich und Arm sowie zwischen Jung und Alt. Ihre Propaganda ist dabei leicht verständlich und zielt besonders auf die Gefühlswelten von Jugendlichen, die tatsächlich zu den Verlierern dieser Gesellschaft gehören. Ihnen bieten sie emotionale Wärme und besonders ein dauerhaftes Aktionsprogramm. Die Teilnahme an Aktionen soll Zusammenhalt schaffen. Das gibt den Jugendlichen eine Struktur für den Tag und darüber versprechen sich die »Autonomen Nationalisten« die stetige Ideologisierung ihrer Mitglieder.

Ein Problem der politischen Kultur

Die Gewalt ist für die Autonomen Nationalisten ein legitimes politisches Instrument. So gab es in Dorstfeld Vorfälle, nach denen Familien solange bedroht wurden, bis sie den Stadtteil verließen. Vorläufiger Höhepunkt war 2009 der Angriff auf eine Gewerkschaftsdemonstration. Wer die Stellung von Gewerkschaften in Dortmund kennt, ahnt die Symbolhaftigkeit dieses Angriffs. Sie zielt auf die politischen Eliten und die schwachen Gruppen vor Ort zugleich. Die »Autonomen Nationalisten« sind somit ein großes Problem vor Ort – im Gegensatz zu den Neonazi-Parteien, die wie Relikte vergangener Zeiten wirken. Die demokratische Stadtgesellschaft stellt sich dem Problem des Rechtsextremismus. Die Stadt hat aus den Fehlern und dem zögerlichen Verhalten vieler anderer Kommunen gelernt: Die vielfältigen Aktivitäten werden zusammengeführt in einer Koordinierungsstelle, die im Rathaus angesiedelt ist. Dort wird derzeit an einem lokalen Aktionsplan gearbeitet, der die Aktionen und Projekte zusammenführt.

Von Dierk Borstel

Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung

Foto: Friedrich Kraft



Ihre Spende kommt an!

Die Handballerinnen der Reinickendorfer Füchse sind nicht nur gut im Handball, sondern nutzen ihre Spiele auch, um über Neonazis und Rassismus aufzuklären – vor und nach den Spielen können sich die Zuschauerinnen und Zuschauer über alles informieren. Mit ihren Trikots fordern die Spielerinnen zu Mut gegen rechte Gewalt auf und verbinden damit Sport und Engagement.

Laut und Bunt in Rathenow

Im brandenburgischen Rathenow sind sportliche und kulturelle Angebote für Jugendliche rar gesät. In den vergangenen Jahren haben sich Neonazis hier fest etablieren können und wollen die Lücke füllen. Das Diakonische Werk Havelland möchte dabei nicht tatenlos zuschauen. Mit dem Festival »Laut & Bunt« setzt es einen Gegenpol zur problematischen

Entwicklung im Landkreis. Mit Hilfe der stern-Aktion ermutigt der Verein Jugendliche zu Engagement in ihrer Region und stärkt sie, damit sie ihre Stimme gegen Neonazis und rechte Gewalt erheben. »Wir engagieren uns alle in unterschiedlichen Gremien gegen Rechts und wollen informieren sowie andere Jugendliche anregen, auch aktiv zu werden«, sagt Susanne Meier aus dem Organisationsteam.

Über Strukturen aufklären

Auch im Dreiländereck zwischen Niedersachsen, Hessen und Thüringen haben Neonazis Fuß gefasst. Doch auch hier gibt es Menschen, die sich gegen neonazistische Hegemonie einsetzen und in ihrem Engagement von »Mut gegen rechte Gewalt« unterstützt werden. »In der Region werden viele neonazistische Veranstaltungen durchgeführt«, erzählt Helmut

Windolph von Aktiv e.V. Manche würden als Familienfeste, andere als Kameradschaftstreffen ausgerichtet. Die Sonnenwende sei ein Datum, das besonders missbraucht werde um »Germanentum« zu zelebrieren und neue Anhänger zu gewinnen. »Die Menschen, gerade die Jugendlichen, müssen über Neonazi-Strukturen aufgeklärt werden«, sagt Windolph. Der Aktiv e.V. veranstaltete zum Datum der Sommersonnenwende das Konzert »Musik für Toleranz und Weltoffenheit«. Jugendliche finden damit ein alternatives Angebot, bei dem sie sich gegen Rassismus positionieren können. Dank Ihrer Spende kann die stern-Aktion auch weiterhin alle diejenigen unterstützen, die sich mutig Neonazis entgegenstellen.

Von Nora Winter



Mit der stern-Aktion »Mut gegen rechte Gewalt« ist es möglich, Initiativen ohne große bürokratische Hürden zu unterstützen. Wenn Projekte gegen Rassismus direkt vor Ort wirksam sein sollen, braucht es Akteure, die in einer Stadt oder im Dorf präsent sind und sich engagieren. Genau diese Personen unterstützt »Mut gegen rechte Gewalt« mit Ihrer Spende. Spendenkonto der Amadeu Antonio Stiftung: Deutsche Bank Bensheim, BLZ 50970004, Konto 030 331 329

Neue Demonstrationsstrategien der Neonazis?

Angesichts breiter zivilgesellschaftlicher Blockaden im Jahr 2010 suchen Neonazis nach neuen Konzepten. Am 16. Oktober probten sie in Leipzig deren Umsetzung – und sind grandios gescheitert. Was das für zukünftige Großveranstaltungen der Szene heißt, diskutiert Nora Winter in einem Kommentar.

»Um es salopp zu sagen: Es nervt«, erklärt der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung. Denn vier Demonstrationen wollten Neonazis am 16. Oktober in Leipzig durchführen. Doch sie wurden verboten und zu einer Kundgebung zusammengelegt. Viele Leipziger Engagierte machten sich an dem verregneten Samstag auf, um den Neonazis Paroli zu bieten. Um die 50 Kundgebungen, Mahnwachen und weitere Gegenveranstaltungen waren angemeldet. Nach den vielen erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Blockaden wie in Dresden und Berlin, sehen sich Neonazis nun starkem Protest gegenüber und versuchen neue Demonstrationskonzepte zu verwirklichen.

Spontane Neonazis?

In Leipzig ist ihre neue Strategie aber grandios gescheitert. Den eigentlich genehmigten Versammlungsort steuerten nur wenige Neonazis an. In mehreren Gruppen versuchten sie spontan in Vororten und anderen Stadtteilen zu demonst-

rieren. Durch eine gute zivilgesellschaftliche Vernetzung und polizeiliche Aufmerksamkeit ist ihnen dies allerdings nicht gelungen. Viele Engagierte stellten sich auch in abgelegenen Stadtteilen den Neonazis in den Weg. Doch auch wenn den Neonazis in Leipzig ihre Spontandemonstrationen kaum gelungen sind, ist diese Strategie alles andere als angenehm. Sie hat zur Folge, dass in der gesamten Stadt aufgespart werden muss, ob sich eine Gruppe Neonazis zusammenfindet. Ein paar versuchen es immer. Und die Polizei ist nicht überall. So kann es wie in Dresden 2010 geschehen, dass 2.000 Neonazis von einem außerhalb gelegenen Stadtteil zum angemeldeten Veranstaltungsort ohne polizeiliche Absperrung ziehen. Für zivilgesellschaftliche Gruppen, die gegen Neonazis protestieren wollen, ist es dann ungemütlich auf eine solche Gruppe zu treffen.

Nach den Massenblockaden

So erfreulich die erfolgreichen Massenblockaden im Jahr 2010 waren, so schwierig könnte es werden, wenn sich die Neonazis mit ihrer neuen Strategie geschickter anstellen. Eine gute zivilgesellschaftliche Vernetzung und eine klar positionierte Stadtpolitik gehören zum Erfolg gegen die Neonazis dazu.



Von Nora Winter

Fotos: Martin_LE, cc

Die Qual der Wahl

Im Jahr 2011 stehen für die NPD wichtige Wahlen auf dem Programm. Ist die NPD dabei erfolgreich, könnte sie sich konsolidieren und eine Sogwirkung in anderen gesellschaftlichen Milieus entwickeln.

In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Berlin und Bremen wird die NPD aber wahrscheinlich kaum eine Rolle spielen; die Landesverbände sind eher schwach und Geld für flächendeckenden Wahlkampf dürfte knapp sein. Eine Schwerpunkt-Wahl für die Partei findet im Frühjahr aber in Sachsen-Anhalt statt; hier ist es allerdings besonders schwierig, die Chancen der Neonazi-Partei abzuschätzen. Eine geringe Wahlbeteiligung sowie schwach ausgeprägte Parteienbindungen machen Prognosen fast unmöglich. Der Wissenschaftler Thomas Weber von der Hochschule Magdeburg-Stendal, der für die wertvolle Langzeitstudie »Die NPD in den Kommunalparlamenten von Sachsen-Anhalt« mitverantwortlich ist, sagte auf Anfrage, vor dem Hintergrund der schwachen Ergebnisse bei den letzten Kommunal- und Bundestagswahlen (etwa zwei Prozent) hege er die Hoffnung, dass die Partei es nicht schaffe. Auch spreche ihre organisatorische Verfasstheit dagegen. Einen breiten gesellschaftlichen Widerstand gegen die NPD könne Weber derzeit allerdings nicht erkennen. Keine der demokratischen Parteien habe bisher auch nur angefragt, um über die Ergebnisse seiner NPD-Studie und mögliche Konsequenzen daraus zu diskutieren. Bemerkenswert – und nach einem möglichen Einzug der NPD in den Landtag ist der Schock und der Aktionismus groß. Entscheidend werde sein, so der Wissenschaftler Weber, ob die NPD Nichtwählerinnen und -wähler mobilisieren könne.



sebat85 cc

Kein Ort für Neonazis
Auch in Mecklenburg-Vorpommern laufen die Planungen bei der NPD für die Landtagswahl im September auf Hoch-

touren. Denn das Bundesland ist neben Sachsen die Modellregion der Neonazis. Bei der Landtagswahl 2006 erhielt die NPD 7,3 Prozent der Stimmen und sechs Sitze im Schweriner Landtag. Dass die NPD-Strategie der kommunalen Verankerung funktioniert, zeigte sich erneut bei der Kommunalwahl im Juni 2009. Besonders in den östlichen Gebieten erreichte die Partei Wahlergebnisse von mehr als 20 Prozent. Doch gegen die NPD regt sich Widerstand. Mit der Kampagne »Kein Ort für Neonazis« wollen Bürgerinnen und Bürger, Initiativen und Jugendliche den Wiedereinzug der NPD in den Schweriner Landtag verhindern. Ziel der Kampagne ist es, im Rahmen einer größeren Bewegung aller demokratischen Kräfte die weitere Verankerung der Neonazi-Szene in Mecklenburg-Vorpommern dauerhaft zu verhindern. Denn die Fraktionen in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sind für die Neonazi-Strukturen von elementarer Bedeutung.

Die entscheidende Wahl
Nach den Wahlen in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern wird die NPD entweder fast flächendeckend in Ostdeutschland in Landtagen vertreten sein, eine Achse Dresden-Magdeburg-Schwerin aufbauen können – oder die Partei stagniert – und Sachsen sowie Mecklenburg-Vorpommern bleiben ihre Modellregionen. Sollte die NPD aber weder in Sachsen-Anhalt noch in Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag einziehen, wird die Neonazi-Szene nachhaltig geschwächt, Konflikte brechen erneut auf – und der organisierte Rechtsextremismus könnte auch im Nordosten zurückgedrängt werden, so dass sich eine offene, tolerante und bunte Gesellschaft entwickeln kann.

Von Patrick Gensing, npd-blog.de

»Älter werden wir alle«

Mit der Gitarre durch die Altenheime touren – so sehen viele Wochenenden von Jörg Hähnel aus. Ob in Berlin, Frankfurt/Oder oder Eisenhüttenstadt, »die Senioren sind begeistert«, berichtet der NPD-Abgeordnete. Hähnel singt deutsche Volkslieder und spielt Soldatenmärsche.

Für die rechtsextreme Szene sind ältere Menschen schon länger eine interessante Zielgruppe. Ältere Menschen fühlen sich häufig für die Tradierung und die Weitergabe von Werten, Einstellungen und Lebenserfahrungen zuständig. Hier setzt die Szene besonders auf die Heroisierung der NS-Tätergeneration. Fast alle Aussteiger aus der Szene, die über das von der Amadeu Antonio Stiftung geförderte Projekt EXIT aussteigen, berichten von der wichtigen Rolle ihrer Großeltern mit ihren »Geschichten von früher« bei der Akzeptanz der rechtsextremen Ideologie.

Nur Jugendliche als Zielgruppe?
Oft glaubt man, dass es sich bei Rechtsextremen vor allem um jüngere Menschen handelt. Dies ist der langjährigen Fixierung auf die rechtsextreme Gewalt geschuldet, da Gewaltstraftaten überwiegend von jüngeren Menschen begangen werden. Auf Grund dieser Annahme wenden sich in der Prävention die soziale Arbeit sowie die meisten zivilgesellschaftlichen und staatlichen Maßnahmen fast ausschließlich an diese Zielgruppe. Außerdem herrscht auch eine gewisse Ratlosigkeit: Lassen sich ein Leben lang verfestigte Einstellungen noch bearbeiten?

Auseinandersetzung noch am Anfang
Diese Problematik war der Ausgangspunkt und Grund für die Amadeu Antonio Stiftung, die Studie »Zivilgesellschaftliches Engagement älterer Menschen gegen Rechtsextremismus« des Politikwissenschaftlers Peter-Georg Albrecht zu unterstützen. In der Studie werden Seniorinnen und Senioren aus Ostdeutschland zu ihren Einstellungen zum Rechtsextremismus befragt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt zudem auf der Frage von Zivilcourage älterer Menschen. Die Ergebnisse der Befragungen erhellen die Argumentationsmuster hinter den schon oft wissenschaftlich bestätigten Vorurteilen und autoritären Einstellungen. Besonders interessant ist bei allen der jeweilige Bezug auf die DDR – trotz oder gerade wegen des »verordneten« Antifaschismus. Albrecht arbeitet heraus,



dass die interviewten manifest-rechtsextremen Seniorinnen und Senioren ein Weltbild vertreten, das aus Kampf, Disziplin und Unterordnung unter die Volksgemeinschaft besteht. Dafür steht in ihren Augen auch die ehemalige DDR. Die heutige Gesellschaft ist für sie dagegen zu sehr vom Geld, dem Streben nach Individualismus und Freiheit geprägt – also zu »zu geldgierig« und »ellenbogengeleitet«. Deswegen sehen sie rechtsextreme Parteien zunehmend als wählbare Alternative. Für eine produktive Auseinandersetzung mit dem Problem schlägt Albrecht vor, bei älteren Menschen stärker mit der Gleichwertigkeit aller Menschen zu arbeiten und für Personengruppen, die durch Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit bedroht sind, zu sensibilisieren.

Wenn ich einmal alt bin
Für die Förderung der Veröffentlichung dieser Studie dankt die Amadeu Antonio Stiftung herzlich der Freudenberg Stiftung, die die Arbeit der Amadeu Antonio Stiftung stets mit großer Unterstützung begleitet und ermutigt auf Lücken staatlichen Handelns zu reagieren, sowie dem Kreis der »Freunde und Förderer« der Amadeu Antonio Stiftung, dessen Vorsitzende Ida Schildhauer uns beim Herantasten an das Thema mit den Worten ermutigte: »Auch wenn wir es alle gerne verdrängen, älter werden wir alle. Und ich möchte später weder von Nazis umsorgt, noch von älteren Rassisten genervt werden!«

Von Timo Reinfrank

Gemeinsam gegen die NPD in kommunalen Gremien

Die Kommunalpolitik steht zunehmend im Fokus der NPD. Ein Projekt des »Vereins für demokratische Kultur in Berlin e.V.« (VDK) unterstützt die Politik in der Auseinandersetzung mit den Neonazis.

2006 wurde die NPD mit 11 Mandaten in die Berliner Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) gewählt. Deutschlandweit saßen Ende 2009 sogar mehr als 300 NPD-Verordnete in kommunalen Gremien. Für die organisierten, parteiförmigen Neonazis ist die kommunale Verankerung von entscheidender Bedeutung, da sie die Parlamente als Bühnen der Agitation, Lehrwerkstätten, Experimentierfelder und Informationsquellen nutzen. Die Anwesenheit der NPD-Verordneten stellt demokratische Lokalpolitikerinnen und -politiker vor große Herausforderungen. Um sie zu unterstützen, initiierte der VDK das Projekt »Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in kommunalen Gremien Berlins – Dokumentation und Analyse«, in dessen Rahmen bislang mehrere Broschüren veröffentlicht wurden.

Zwischen Skandalinszenierung und Normalisierungsstrategie

In den Kommunalparlamenten changiert die NPD zwischen gezielten Provokationen einerseits und Normalisierungsstrategien andererseits. Öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie das diffamierende Schreiben des Berlin-Lichtenberger NPD-Verordneten Hähnel an Kommunalpolitikerinnen und -politiker mit Migrationshintergrund im Vorfeld der Bundestagswahlen 2009 stehen dem Versuch gegenüber, sich als »Anwalt der kleinen Leute« darzustellen. Durch das Aufgreifen scheinbar sachpolitischer und sozialer Themen versucht man, sich einem breiteren Bevölkerungskreis als Wahlalternative zu empfehlen. Zentrales Ergebnis der Studien des VDK ist, dass sich einige NPD-Verordnete seit 2006 graduell professionalisiert haben, mitunter die Gefahr eines schleichenden Gewöhnungsprozesses besteht und es deshalb eines gemeinsamen überparteilichen und bezirksübergreifenden Handelns der demokratischen Parteien bedarf.



Foto: x-foto.ch cc

Eine Internetseite als Informationsplattform
Aus diesem Grund erstellt der VDK, unterstützt von der Amadeu Antonio Stiftung, eine Internetpräsenz, auf der sich Engagierte aus Politik, Wissenschaft und Medien zeitnah über aktuelle Entwicklungen in der Auseinandersetzung mit der NPD wie auch weiteren Neonazi-Parteien auf kommunaler Ebene informieren können. Zudem werden Handrei-

chungen, Handlungsempfehlungen und vertiefende Informationsquellen zur Verfügung gestellt. Gerade mit Blick auf die anstehenden Berliner Kommunal- und Abgeordnetenwahlen im September 2011 richtet sich der Fokus dabei auf die Berliner NPD. Seit November 2011 ist die Internetseite unter www.bvvvdk-berlin.de abrufbar.

Von Christian Müller

Mit »offenem Ohr« gegen Perspektivlosigkeit

Wie kann man Menschen, die mit Arbeitslosigkeit und Ausgrenzung aus der Gesellschaft zu kämpfen haben, eine Perspektive geben? Wie kann man sie dazu motivieren, selbst die Initiative ergreifen? Mit einem roten Bus und guten Ideen – das ist der Ansatz von VolkMobil, einem Projekt der evangelischen Jugend Schwerin, unterstützt von der Amadeu Antonio Stiftung.

Ein roter Bus – im Kofferraum eine kleine Bibliothek, Spiele und eine Kletterausrüstung. Damit ist das Team des VolkMobils seit zwei Jahren im ländlichen Bereich Mecklenburg-Vorpommern unterwegs. Sein Ziel ist es, Bürgerinnen und Bürger zu ermutigen eine Perspektive für sich und ihre Umgebung zu schaffen. Dabei sind sie in Gebieten unterwegs, in denen es bisher wenig zivilgesellschaftliche Initiativen gibt, die Angebote für Jugendliche und junge Erwachsene bieten.

Seid ihr von der NPD?
»Seid ihr von der NPD? Freiwillig und kostenlos macht hier nur die NPD was«, lauten meist die ersten Reaktionen der Anwohnerinnen und Anwohner auf das Team von VolkMobil. Im ländlichen Raum hat sich die NPD etabliert, teilweise bis zu 30 Prozent der Wählerstimmen bekam sie bei Kommunalwahlen. Vor allem im Bereich der Jugendarbeit entdeckte die rechtsextreme Partei in den letzten Jahren eine Möglichkeit neue Anhängerinnen und Anhänger zu gewinnen. Kinderfeste, die Übernahme von Kindertagesstätten oder das Eintreten gegen die Schließung von Grundschulen – die NPD engagiert sich dort, wo ihr Raum gelassen wird.

Ins Gespräch kommen
Die Strategie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von VolkMobil dagegen ist einfach: »Erst einmal geht es darum mit den Anwohnerinnen und Anwohnern ins Gespräch zu kommen,« so Thomas Ruppenthal, Projektleiter von VolkMobil. »Das läuft vor allem über Themen, die die Menschen persönlich betreffen, wir reden mit ihnen über Kochrezepte, Kindererziehung aber auch über politische Themen, die gerade aktuell sind und die Menschen bewegen.« In Neustadt-Glewe eröffnete das Team jetzt ein Stadtteilbüro, um längerfristig



mit den Bürgerinnen und Bürgern zusammen zu arbeiten. Gemeinsam mit Familien, Jugendlichen und älteren Menschen sanierten sie schon Spielplätze des Stadtteils. Geplant ist nun eine Pfadfindergruppe, um den Kindern und Jugendlichen ein Freizeitangebot zu bieten.

Gefördert durch »LOLA für LULU«
»Wir wollen den Menschen, die mit Problemen wie Arbeitslosigkeit und fehlender Einbindung in die Gesellschaft konfrontiert sind, zeigen, dass es sich lohnt, sich für seinen Stadtteil zu engagieren,« so Ruppenthal. Seit September 2010 fördert das Stiftungsprojekt »Lola für Lulu«, ebenfalls aktiv im Landkreis Ludwigslust, das Vorhaben des VolkMobils. »Uns ist mit dieser Förderung auch wichtig, dass in der aufsuchenden Arbeit ein Fokus auf geschlechterreflektierte Arbeit.

Von Laura Frey

I M P R E S S U M

Herausgeber: Amadeu Antonio Stiftung,
Linienstraße 139, 10115 Berlin
Redaktion: Sarah Schulz
Mitarbeit: Konstanze Ameer, Nils Arne Brockmann,
Anetta Kahane (Vi.S.d.P.), Robert Lüdecke, Thomas
Olsen, Heike Radvan, Simone Rafael, Timo Reinfrank
und Nora Winter
Gestaltung: Design, Berlin
Druck: Ratzlow Druck, Berlin
Gedruckt auf chlorfrei gebleichtem FSC-Papier
© Amadeu Antonio Stiftung, Dezember 2010

»Jeder Einzelne muss etwas tun«

Der Fußballprofi Benedikt Pliquet ist schon lange für sein Engagement gegen Rassismus bekannt. Der Torhüter, seit 2004 bei St. Pauli, sucht gern die Nähe der Fans, um mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Im Interview erzählt Bene, der auch die Amadeu Antonio Stiftung unterstützt, von rassistischen Tendenzen im Fußball und wie das Problem innerhalb des Sports wahrgenommen wird. Im August 2010 wurde Benedikt Pliquet selbst Opfer gewalttätiger Hooligans des HSV, die ihn und Fans von St. Pauli nach einem Spiel angriffen.

Woher kommt Ihre Motivation, sich aktiv gegen Neonazis einzusetzen? Gab es konkrete Erlebnisse, die Sie beeinflusst haben?

Für mich liegt der Ursprung meiner klaren Haltung gegen Nazis in der Erziehung meiner Eltern. Sie haben mich so erzogen, dass alle Menschen gleich sind, egal wo sie herkommen, wie sie aussehen und was sie haben. Außerdem war mein Freundeskreis immer gegen solch ein Verhalten. Eine konkrete Situation gab es nicht.

Sehen Sie im Fußball ein größeres Potenzial für rassistische Vorfälle als anderswo?

Ja. Nahezu alle Vereine sagen ja von sich, dass sie unpolitisch seien oder dass Politik in den Kurven nichts verloren hat. Daher wird Nazi-Verhalten oder Gedankengut häufig

geduldet und somit besteht reichlich Nährboden im Fußball.

Nehmen der DFB und die Vereine das Problem inzwischen ernst genug und tun sie ausreichend dagegen?

Nein! Anfangs war mir diese ganze »Wir machen jetzt mal gegen Rassismus«-Nummer ein echter Dorn im Auge und ich hätte die Rote Karte gegen Rassismus aus Protest sicher nicht hochgehalten. Mittlerweile weiß ich, dass es zumindest von Seiten des DFB unter Theo Zwanziger eine ernst gemeinte Aktion ist. Was die anderen Vereine tun, kann ich nicht sagen, ich sehe aber nach wie vor genug Naziklamotten und höre die üblichen rassistischen Rufe und Gesänge. Gerade wenn es darum geht, klare Zeichen zu setzen, dann hat niemand die Traute.

Haben einzelne Fans überhaupt eine Chance, gegen diskriminierende Äußerungen vorzugehen?

Klar ist es schwer etwas zu sagen oder zu machen, wenn du im Stadion bist und neben dir wird was rassistisches geäußert und du bist der einzige, der es als falsch wahrnimmt. Aber ich sage: jeder einzelne der einen klaren Verstand hat, darf, soll und muss gegen so etwas was sagen. Und wenn man sich alleine nicht stark genug fühlt, dann muss man sich anderen Menschen

anvertrauen, um dem mit mehreren entgegen zu wirken.

Der FC St. Pauli gilt traditionell als antifaschistischer Verein. Wie wirkt sich das auf Fans und Spieler aus? Sehen Sie St. Pauli in einer besonderen Verantwortung, zusammen mit anderen Clubs für das Problem zu sensibilisieren?

Naja, bei uns gibt es halt keinen Rassismus im Stadion und wenn jemandem doch mal was rausrutscht, dann wird er sofort drauf hingewiesen. St. Pauli tut schon viel mehr als alle anderen Vereine und wenn ein anderer Club Interesse hat oder Informationen braucht, dann wird ihm bei uns sicher geholfen.

Bei internationalen Turnieren treffen verschiedene Nationalitäten aufeinander und auch in den Vereinen spielen Fußballer verschiedenster Herkunft miteinander. Wie schätzen Sie angesichts dessen die aktuelle Integrationsdebatte ein?

Aus meiner Sicht ist die Diskussion viel zu spät, wie bei den meisten Problemen. Im Fußball ist es ja nun so, dass man ein Ziel verfolgt und daher der Zwang herrscht, sich miteinander zu verstehen und auch neue Mitspieler, egal woher, zu integrieren. Und genau da ist der Unterschied. Ich denke, dass viele kein Ziel haben, was sie verfolgen können. Die Debatte wird geführt und daher ist sie auch sinnvoll. Man muss nur sehen, dass man konkrete Lösungen präsentiert, die es allen Personen vereinfachen miteinander zu leben.

Vielen Dank für das Interview.

Das Interview führte Robert Fähmel.



Foto: inside-picture

Der Verfassungsschutzbericht 2009 verkündete eine Stagnation rechtsextremer Gewalt auf hohem Niveau. Doch ist eine Stagnation bei 19.468 Straftaten im Bereich Rechtsextremismus eine gute Nachricht? Wohl kaum. Und schon Anfang 2010 erahnten wir eine Zunahme in diesem Jahr. Jeden Tag erreichten uns Nachrichten über rassistische Angriffe und Schändungen jüdischer Friedhöfe. Die vorläufigen Zählungen der Opferberatungen lassen vermuten, dass für das Jahr 2010 ein Anstieg von Neonazi-Gewalt konstatiert werden muss. Neonazis haben im ersten Halbjahr 2010 nach den vorläufigen Zahlen des Bundesinnenministeriums mehr als 6.500 Straftaten verübt. Seit März nimmt die Zahl der Gewaltdelikte kontinuierlich zu. Tun wir gemeinsam etwas dagegen. Unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende!

Spendenkonto
der Amadeu Antonio Stiftung:
Deutsche Bank Bensheim
BLZ 50970004
Konto 030331300